

Protokoll

Rat Badd/010

**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates
der Gemeinde Baddeckenstedt
am Dienstag, den 17.09.2019, von 19:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Gaststätte Lauterbach, Hildesheimer Straße 18, Wartjenstedt**

Anwesend:

Bürgermeister

Werner, Marc

ab 19.40 Uhr (zu TOP 4, 10, 11, 12)

Ratsmitglied

Bülow, Dieter

Franzke, Tim-Oliver

Gierke, Heike

Harmening, Marion

Kassel, Jürgen

Morgenstern, Katrin

Schrader, Gerhard

von Cramm, Helena Freifrau

Wöllke, Wolfgang

Von der Verwaltung

Kälin, Sandra

zu TOP 5 + 6

Verw. Ang. zugleich als Protokollführer/in

Scheiermann, Sonja

Von der Verwaltung

Simons, Birgit

Abwesend:

Ratsmitglied

Binder, Wilhelm

Jäschke, Matthias

König, Henning

Pfingst, Ingo

Schaare, Björn

SGB

Kubitschke, Klaus

Öffentliche Sitzung

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des Rates

1. stv. BGM Bülow eröffnete die Sitzung und teilte mit, dass BGM Werner sich verspäte. TOP 4 werde daher nach hinten verschoben.

Zur Tagesordnung gab es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

2. Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Gemeinderates vom 14.05.2019

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Enthaltungen: 1

3. Einwohnerfragestunde

Keine.

4. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

BGM Werner fasste die Beschlüsse des Verwaltungsausschusses vom 20.06. und 22.08.2019 wie folgt zusammen:

- Die Anlage von Blühstreifen bzw. Blumenwiesen wurde für die Spielplätze „Am Kornfeld“ und „Berliner Straße“ beschlossen.
- Die Verwaltung wurde hinsichtlich der Investitionsmaßnahmen für die Gymnastikhalle Wartjenstedt mit der Prüfung von Fördermaßnahmen beauftragt.
- Hinsichtlich des Radverkehrskonzeptes des Landkreises Wolfenbüttel wurden die Streckenverbindungen Oelber a. w. W. – Lichtenberg (K 54) und Baddeckenstedt – Holle (K 52) vorgeschlagen. Ferner soll die Anbringung von Fahrradbahnmarkierungstreifen in der Ortsdurchfahrt Oelber a. w. W. geprüft werden.
- Zum Ausbau der Lindenstraße wurde die Verwaltung beauftragt, die vorliegende Planung weiter zu verfolgen und Förderanträge zu stellen, insbesondere für GVFG-Mittel.
- Die Auftragsvergabe zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung (mit Solarpendel) in Oelber a. w. W., Bushaltestelle Lichtenberger Straße/Ecke Mohnhofstraße wurde beschlossen.
- Die Auftragsvergabe zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung in Oelber a. w. W., zum Lückenschluss Rhener Straße / An der Warthe wurde beschlossen.
- Die Aufstellung des Bebauungsplanes „Oberer Weg“ mit dem Ziel der Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes im OT Binder wurde beschlossen.

5. Beschluss über die Jahresrechnung 2018, die Entlastung des Bürgermeisters und die Ergebnisverwendung

Samtgemeindekämmerin Kälin verwies auf den umfassenden Jahresabschluss- und Rechenschaftsbericht. Sie informierte, dass der Jahresabschluss 2018 mit einem Jahresergebnis von rd. 223.300,00 Euro und somit mit einer Verbesserung von rd. 187.300,00 Euro gegenüber der Haushaltsplanung von 36.000,00 Euro abschließe und erläuterte, dass dieses u. a. zurückzuführen sei auf die Mehrerträge aus Gewerbe-, Vergnügungs- und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie aus Minderaufwendungen, vor allem im Bereich der Sach- und Dienstleistungen.

Die Sprecherin erläuterte, dass die Gemeinde sich in der Vergangenheit selbst finanziert habe und die Steuerquote von 2012 - 2018 zwischen 87 % und 96,5 % und nach aktueller Planung von 2019 - 2022 zwischen 89 % und 97 % liege.

Die Sprecherin machte weiter Ausführungen zur niedrigen Abschreibungsintensität der vergangenen Jahre. Gegenwärtig trage die Gemeinde jedoch zur Erhaltung der Vermögenssubstanz bei (Reinvestitionsquote 2019 - 2021 zwischen 125 % und 270 %).

Vermögensveränderungen ergäben sich aus der Veräußerung einer Teilfläche des Wartjenstedter Weges in Oelber a. w. W., den Anschaffungen für den Bauhof sowie dem Vermögensübergang des Regenrückhaltewasserbeckens im Baugebiet Wachtekamp an den Wasserverband Peine, was zu einer Minderung des Reinvermögens geführt habe.

Die Sprecherin informierte, dass die Gemeinde Baddeckenstedt seit vielen Jahren schuldenfrei und gemäß der Finanzplanung auch aktuell keine Kreditaufnahme vorgesehen sei. Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31.12.2018 auf rd. 1.023 Mio. Euro. Der aktuelle Stand der liquiden Mittel beläufte sich auf ca. 620.000,00 Euro.

Zu den ordentlichen Rücklagen führte die Sprecherin aus, dass diese zum 31.12.2019 rd. 1.78 Mio. Euro ausweisen und bei den außerordentlichen Rücklagen knapp 1.900,00 Euro zugeführt werden können.

Nach Prüfung des Jahresabschlusses 2018 durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Wolfenbüttel ergaben sich keinerlei Beanstandungen. Es gab jedoch den Hinweis, dass es im Zusammenhang mit der Erschließung des Baugebietes Oelber a. w. W. zukünftig zu finanziellen Belastungen und Unwägbarkeiten für die Gemeinde kommen könnte.

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Jahresrechnung 2018 wird beschlossen. Dem Bürgermeister wird die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 erteilt.

Der Jahresüberschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 221.418,44 € wird der vorhandenen Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Jahresüberschuss im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 1.885,50 € wird der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Für das Jahr 2018 ergibt sich somit ein Jahresüberschuss von 223.303,94 €.

6. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2019

Samtgemeindekämmerin Kälin beantwortete Fragen zur doppelten Position „Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen – Erhöhter Verbrauch und höhere Heizkosten durch Wärmepumpe“ und teilte im Übrigen auf die Frage von RM Franzke, warum höhere Kosten entstanden seien, mit, dass die Wärmepumpe defekt gewesen sei.

Zur Kenntnis genommen.

7. Antrag der Ratsgruppe CDU/FDP vom 31.07.2019

RM Wöllke führte zum Antrag der Ratsgruppe CDU/FDP aus, dass angedacht war, diesen vor Einreichung bei der Samtgemeindeverwaltung in einer interfraktionellen Sitzung zu besprechen. Dieses sei jedoch bedauerlicherweise nicht erfolgt.

Der Sprecher führte im Weiteren aus, dass der bestehende Bauausschuss sich bereits um Umweltbelange, wie z. B. den Rhener Bach oder das Beschneiden, Wegnehmen und Neupflanzen von Bäumen in Oelber a. w. W., gekümmert habe und daher eine Umbenennung sinnvoll sei. Die Bildung eines neuen Ratsausschusses sei in Anbetracht des Kostenfaktors und der Kapazitäten in der Samtgemeindeverwaltung nicht sinnvoll.

RM Bülow bedauerte ebenfalls die nicht stattfindende interfraktionelle Sitzung und die Unstimmigkeiten und teilte mit, dass man in der Bildung eines Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz eine Ergänzung und Entlastung des Bauausschusses sehen müsse. Es sei ein Angebot an die Bevölkerung sich beratend an dem Ausschuss zu beteiligen.

RM Franzke stellte sodann den Änderungsantrag zum Antrag der CDU/FDP vom 31.07.2019, dass der Absatz:

„Der Rat möge der Verwaltung die Aufgabe erteilen, zukünftig den Vorlagen nicht nur haushaltsrechtliche Auswirkungen anzuhängen, sondern auch die Aussagen zur Umweltverträglichkeit sowie zum Klimaschutz der Maßnahme mit beizufügen“

gestrichen werde und teilte mit, dass dieses einen nicht absehbaren Kostenfaktor darstelle, da ggfs. gutachterliche Hilfe in Anspruch genommen werden müsste.

Der Antrag solle lediglich lauten:

„Den Bauausschuss umzubenennen in einen Bau- und Umweltausschuss“.

SGRin. Simons ergänzte hierzu, dass die Verwaltung es nicht leisten könne, Aussagen zur Umweltverträglichkeit und zum Klimaschutz zu machen.

Es erfolgte sodann die Abstimmung über den **Änderungsantrag**:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen	5
Enthaltungen	0

Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt worden.

RM Bülow bat sodann um Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der Ratsgruppe CDU/FDP vom 31.07.2019.

7.1. Umbenennung des "Bauausschusses" in einen "Bau- und Umweltausschuss"

BS: -mehrheitlich abgelehnt-

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 0

Der Antrag der Ratsgruppe CDU/FDP vom 31.07.2019 auf Umbenennung des „Bauausschusses“ in einen „Bau- und Umweltausschuss“ wird abgelehnt.

7.2. Ergänzung der Sitzungsvorlagen an den Rat und die Ausschüsse um Aussagen zur "Umweltverträglichkeit und zum Klimaschutz"

Der Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund des Abstimmungsergebnisses zu TOP 7.1.

8. Antrag der Ratsgruppe SPD/DIE LINKE vom 05.08.2019 zur Bildung eines Ratsausschusses mit der Bezeichnung "Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz"

RM Bülow wies darauf hin, dass aufgrund der Ausführungen im vorangegangenen TOP 7 hier keine weitere Stellungnahme zum Antrag der SPD/DIE LIKE vom 05.08.2019 erforderlich sei.

RM Franzke teilte mit, dass man generell für den Umwelt- und Klimaschutz sei und sich einer Abstimmung im Rat für die Bildung eines neuen Ausschusses nicht verwehren werde. Man sähe jedoch Kompetenzabgrenzungsschwierigkeiten zwischen dem Bauausschuss und dem neu zu bildenden Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz.

Er erfolgte sodann die Abstimmung.

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 2

Ein Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz wird eingerichtet.

8.1. Festlegung der Anzahl der Sitze und Feststellung der Sitzverteilung (§ 71 Abs. 2 bis 4 NKomVG)

Bei der Festlegung der Sitze in dem Ausschuss und Feststellung der Sitzverteilung gem. § 71 Abs. 2-4 NKomVG (5 Ausschussmitglieder und keine beratenden Mitglieder) entfallen auf die:

SPD Fraktion / Die Linke:	3 Sitze
CDU Fraktion / FDP:	2 Sitze

8.2. Benennung der Ausschussmitglieder und deren Stellvertreter/innen

RM Bülow benannte folgende Personen für die Fraktion SPD/Die Linke:

Mitglieder:

Gerhard Schrader
Marion Harmening
Dieter Bülow

Vertreter:

Wilhelm Binder
Heike Gierke
Ingo Pfingst

RM Franzke benannte folgende Personen für die Fraktion CDU/FDP:

Mitglieder:

Tim-Oliver Franzke
Matthias Jäschke

Vertreter:

Katrin Morgenstern
Björn Schaare

8.3. Benennung einer oder eines Ausschussvorsitzenden durch die Fraktionen gemäß § 71 Abs. 8 NKomVG

Gemäß § 71 Abs. 8 NKomVG hat die Fraktion SPD/Die Linke das Vorschlagsrecht für einen Ausschussvorsitzenden und die Fraktion CDU/FDP für dessen Vertreter.

RM Bülow schlug

Gerhard Schrader als Ausschussvorsitzenden vor.

RM Franzke schlug

Tim-Oliver Franzke als Vertreter vor.

8.4. Beschlussfassung über die Zusammensetzung des Ausschusses gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG

BS: -einstimmig beschlossen-

Gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG wird die Bildung und die Besetzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz festgestellt.

8.5. Änderung des § 24 Abs. 2 der Geschäftsordnung hinsichtlich der Bestimmung, dass der neu gebildete Ausschuss öffentlich tagt

SGRin. Simons erläuterte, dass in § 24 Abs. 2 der Geschäftsordnung aufgeführt sei, dass der Bauausschuss und der Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur öffentlich tage. Hier sei eine Ergänzung um den Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz nötig.

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Geschäftsordnung wird in § 24 Abs. 2 wie folgt geändert:

(2) Die folgenden Ausschüsse tagen öffentlich:

- Bauausschuss
- Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur
- **Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

Die folgenden Ausschüsse tagen nicht öffentlich:

- keine

9. Einziehung einer Teilfläche der Gemeindestraße Am Rasteberg in der Gemarkung Oelber a.w.Wege

RM Bülow erläuterte kurz die Beschlussvorlage und bat sodann um Abstimmung.

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Gemeindestraße „Am Rasteberg“ in der Gemarkung Oelber a. w. Wege wird am westlichen Ende ab dem derzeit faktisch vorhandenen Wendehammer auf einer Länge von ca. 8 m (sh. Lageplan) gem. § 8 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) eingezogen.

10. Resolution zum Beitritt des Landkreises Wolfenbüttel zum Hochwasserschutzverband Innerste

RM Bülow führte aus, dass die Samtgemeinde Baddeckenstedt eine Resolution an den Landkreis Wolfenbüttel verabschiedet habe und sich die Gemeinde Baddeckenstedt hieran anschließen sollte. Das Thema sei auch auf der Tagesordnung der Bürgermeisterkonferenz am 23.09.2019.

RM Franzke teilte mit, dass er den Hochwasserschutz befürworte und als Mitglied des Samtgemeinderates die Resolution unterstützt habe. Der Landkreis Wolfenbüttel habe Gesprächsbereitschaft signalisiert und man sollte zunächst diese Gespräche abwarten. Er stellte den Änderungsantrag:

Den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertragen.

Es erfolgte sodann auf Wunsch der SPD-Fraktion eine kurze Sitzungsunterbrechung (19.35 Uhr – 19.36 Uhr).

Im Anschluss daran erfolgte die Abstimmung über den **Änderungsantrag** wie folgt:

BS: - mehrheitlich abgelehnt -

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	0

Da der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt wurde, erfolgte sodann die Abstimmung über den Ursprungsantrag.

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 4

Die Resolution des Samtgemeinderates vom 24.06.2019 zum geforderten Beitritt des Landkreises Wolfenbüttel zum in der Gründungsphase befindlichen Hochwasserschutzverband Innerste wird vom Rat der Gemeinde Baddeckenstedt ausdrücklich befürwortet und unterstützt.

11. Mitteilungen

11.1. Mitteilung: Haushalt 2020

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 soll in der Sitzung des Gemeinderates am 03.12.2019 beschlossen werden.

Eine interfraktionelle Sitzung zum Haushalt könnte am 18.11.2019 stattfinden.

11.2. Mitteilung: Baugebiet "Wachtekamp" in Oelber a. w. W.

Die Erschließung des Baugebietes Wachtekamp liegt im vorgesehenen Zeitplan. Eine Fertigstellung ist je nach Wetterbedingungen zum Ende des Jahres vorgesehen.

Hinsichtlich der abzuschließenden Grundstückskaufverträge seien 8 Verträge bereits notariell beurkundet worden, 4 Verträge stünden zur Beurkundung an und bei 5 Verträgen sei man in der Terminfindung für die Beurkundung.

11.3. Mitteilung: Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur

Die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur am 26.08.2019 war bedauerlicherweise aufgrund fehlender Ausschussmitglieder nicht beschlussfähig.

Die nächste Sitzung findet am 21.10.2019 statt.

12. Anfragen

12.1. Anfrage: Sozialwohnungen

RM von Cramm schilderte, dass die Mietpreise in Oelber a. w. W. gestiegen sein sollen und eine ihr bekannte Familie 7,50 Euro/qm Miete zahle. Der Mietspiegel liege wohl bei 5,50 Euro/qm. Sie fragte, ob es Sozialwohnungen in der Gemeinde gäbe und falls nicht, ob sich diese um deren Schaffung kümmere.

BGM Werner antwortete, dass es keine Sozialwohnungen in der Gemeinde gäbe und auch im Bereich der Senioren eine Anfrage hierzu erfolgt sei.

RM von Cramm fragte, ob nicht leerstehende Häuser in der Gemeinde für diese Zwecke gemietet werden könnten.

BGM Werner sagte eine Prüfung zu.

Auf Nachfrage von RM Bülow zum Mietspiegel von 5,50 Euro/qm teilte SGRin. Simons mit, dass es für den ländlichen Raum keinen Mietspiegel gäbe. Das Jobcenter prüfe jedoch grundsätzlich die Größe und den Mietpreis des Wohnraumes.

Möglicherweise gäbe es in der Gemeinde leerstehende Häuser. Im Zuge der Flüchtlingsunterbringung in vorangegangenen Jahren seien der Samtgemeinde allerdings keine leerstehenden und adäquaten Häuser bekannt bzw. angeboten worden.

12.2. Anfrage: Fahrbahnverengung Ortsdurchfahrt Binder

RM Franzke fragte hinsichtlich der Fahrbahnverengung in der Ortsdurchfahrt Binder nach dem aktuellen Sachstand der Pläne, die Fußgängersituation zu verbessern und die Sicherheit zu erhöhen.

BGM Werner sagte eine Beantwortung im Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Am 13.09.2019 fand dazu eine erneute Besprechung vor Ort mit den Beteiligten Dr. von Bitter, Landkreis Wolfenbüttel (Tiefbauamt und Straßenverkehrsabteilung), stellv. BGM Wöllke, RM König und VA Meister statt. Als Ergebnis wurde festgehalten: 1) Die Betonringe werden entfernt und durch eine schlankere Lösung ersetzt. 2) Für eine Verbreiterung des sehr schmalen Fußweges im Bereich des Grundstücks gegenüber des Gutes erfolgt eine Grobplanung durch den Landkreis Wolfenbüttel. Danach sind entsprechende Verhandlungen zu führen (bei dem Fußweg handelt es sich um eine Nebenanlage, für welche die Gemeinde Baddeckenstedt auch in kostenmäßiger Hinsicht verantwortlich ist).

12.3. Anfrage: Sachspende von Sitzbänken

RM Franzke fragte nach dem Sachstand bezüglich der erfolgten Sachspende von Sitzbänken für die Spielplätze. Diese sollten geprüft werden und seien aus Sicherheitsgründen bisher nicht zum Einsatz gekommen. Er bedauerte, dass bereits eine sehr lange Zeit vergangen sei und fragte, wann diese endlich abgenommen und aufgestellt werden können.

BGM Werner teilte mit, dass eine Begutachtung erfolgt sei und es bedauerlicherweise einen Mängelbericht gäbe. In den nächsten zwei Wochen werde die Weitergabe der Mängel zu deren Behebung erfolgen.

RM Franzke fragte, wie alt der Mängelbericht sei?

RM Morgenstern fragte ergänzend, welche Bank betroffen sei?

BGM Werner antwortete, dass es um die Holzbank für den Spielplatz „Insel“ gehe und diese im Bauamt liege, da geprüft werden solle, ob sie aufstellbar sei. Die Prüfung sei Mitte dieses Jahres erfolgt und der Mängelbericht im August eingegangen.

RM Morgenstern fragte, was mit der Bank für den Spielplatz in Rhene sei, da diese nach ihrer Kenntnis noch nicht begutachtet wurde und bezog sich auf das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur aus Februar 2019.

BGM Werner sagte diesbezüglich eine Beantwortung im Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Zur Beantwortung wird der anliegende Vermerk vom 25.09.2019 beigelegt.

12.4. Anfrage: Kosten der Unterkunft nach KdU-Richtlinie

RM Schrader fragte in Bezug auf die Anfrage zum sozialen Wohnraum, ob die Möglichkeit bestünde im Protokoll mitzuteilen, wie hoch die anerkannten Kosten nach der KdU-Richtlinie vom Landkreis für SGB II- und SGB XII-Bezieher sei.

SGRin. Simons sagte eine Beantwortung im Protokoll zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die aktuellen Werte (Stand 01.01.2006) hinsichtlich der anerkannten Kosten der Unterkunft nach der KdU-Richtlinie sind der beigelegten Anlage zu entnehmen. Es handelt sich dabei um die Nettokaltmiete einschließlich der Betriebskosten. Heizkosten sind in den Werten nicht enthalten.

Bülow
1. stv. Bürgermeister

Werner
Bürgermeister

Scheiermann
Protokollführerin

Anlagen:

Vermerk zur Anfrage Sachspende von Sitzbänken TOP 12.3.

Anlage zur Anfrage Kosten der Unterkunft nach KdU-Richtlinie TOP 12.4.